

12.05.: Deutscher Bundestag streitet über mehr Rechte für Prostituierte

AOL NACHRICHTEN Suchbegriff eingeben und "Suchen" klicken Suchen Übersicht A-Z Hilfe

Sie sind hier: [Nachrichten](#) > [Politik](#) > News

## Bundestag streitet über Prostituierten-Gesetz

Schreiben Sie Ihre Meinung ins [Board!](#)

**Berlin** - Zu einem Streit über mehr Rechte für Prostituierte ist es am Freitag im Deutschen Bundestag gekommen. Rot-Grün will erreichen, dass deren Tun nicht länger als sittenwidrig gilt. Für die Betroffenen soll die Renten- und Krankenversicherung geöffnet werden.

**Opposition kritisiert Entwurf**

Die konservative Opposition reagierte mit scharfer Kritik. Der Gesetzgeber dürfe nicht "leichtfertig" Wertvorstellungen preisgeben, die sich bewährt hätten, kritisierte die frauenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Ilse Falk. Die Regierungs-Fraktionen wiesen die Kritik zurück. Prostituierte dürften nicht länger "Menschen zweiter Klasse sein", argumentierte Irmgard Schewe-Gerigk von den



Nach dem neuen Gesetzentwurf der Koalition soll Prostitution nicht mehr "sittenwidrig" sein.

**Weitere Angebote**

- [NewsBote](#)
- [NewsSuche](#)
- [Interview](#)
- [Kommentar zum Thema der Woche](#)
- [Votum](#)

ZUM KIOSK ++Magazine++

Schreiben Sie Ihre Meinung ins [Board!](#)

**Berlin** - Zu einem Streit über mehr Rechte für Prostituierte ist es am Freitag im Deutschen Bundestag gekommen. Rot-Grün will erreichen, dass deren Tun nicht länger als sittenwidrig gilt. Für die Betroffenen soll die Renten- und Krankenversicherung geöffnet werden.

### Opposition kritisiert Entwurf

Die konservative Opposition reagierte mit scharfer Kritik. Der Gesetzgeber dürfe nicht "leichtfertig" Wertvorstellungen preisgeben, die sich bewährt hätten, kritisierte die frauenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Ilse Falk. Die Regierungs-Fraktionen wiesen die Kritik zurück. Prostituierte dürften nicht länger "Menschen zweiter Klasse sein", argumentierte Irmgard Schewe-Gerigk von den Grünen.

Der Gesetzentwurf der Koalition wurde in erster Lesung beraten. Er sieht vor, dass Prostituierte künftig Arbeitsverträge abschließen und ihren Lohn einklagen können. Darüber hinaus soll der Straftatbestand "Förderung der Prostitution" gestrichen werden.

Es sei "widersinnig", dass Bordell-Betreiber bestraft werden, die ein angemessenes Arbeitsumfeld sicherstellten, erklärte Schewe-Gerigk. Diese Regelung sei "einem liberalen Rechtsstaat unwürdig". SPD und Grüne wiesen auch den CDU-Vorwurf zurück, die Neuregelung verletze die Menschenwürde der Prostituierten. "Freiwillige Prostitution verstößt nicht gegen die Menschenwürde", betonte die SPD-Abgeordnete Anni Brandt-Elsweiler unter Berufung auf renommierte Rechtswissenschaftler.

### Kritik auch von FDP und PDS

Kritik kam auch von FDP und PDS. Ina Lenke, frauenpolitische Sprecherin der Liberalen, begrüßte zwar weite Teile des Gesetzes, mahnte aber eine "klare, umfassende Regelung" an. So müsse die geplante Abschaffung der Sperrbezirke für Prostituierte bereits in den vorliegenden Entwurf aufgenommen werden. SPD und Grüne hatten dies bislang mit dem Argument zurückgewiesen, dass in diesem Fall der Bundesrat zustimmen muss. Rot-Grün hat dort keine Mehrheit.

Christina Schenk von der PDS kritisierte, der Gesetzentwurf gehe nicht weit genug. Die Grünen seien mit ihrem Ziel gescheitert, die Prostitution vollständig zu entkriminalisieren. (brö/AFP/rtr/dpa)